

## ZUSAMMENFASSUNG

Hamburg hat eine lange Einwanderungsgeschichte und beherbergt viele Minderheiten. Die Stadt hat 1.720.632 Einwohner<sup>1</sup> aus über 180 Ländern.<sup>2</sup> Davon besitzen 14,3% einen ausländischen Pass, 26,8% haben einen Migrationshintergrund.<sup>3</sup> Die erhebliche Mehrheit (70%) der nicht ethnisch deutschen Bevölkerung stammt aus Europa und mehr als ein Viertel aus Mitgliedsstaaten der Europäischen Union (EU). Der Rest der ausländischen Bevölkerung setzt sich aus 6% Afrikanern, 19% Asiaten und 4% aus Nord-, Süd- und Mittelamerikanern zusammen.<sup>4</sup> Hamburgs historische Erfahrung mit ethnischer Vielfalt hat zu einem Umfeld beigetragen, in dem interreligiöser Dialog und die Einbeziehung der muslimischen Bevölkerung sichtbarer Teil des politischen und bürgerlichen Lebens ist.

Die genaue Zahl muslimischer Einwohner Hamburgs ist nicht zu ermitteln, da keine direkten Daten bezüglich ethnischer oder religiöser Zugehörigkeit erhoben werden.<sup>5</sup> Die geschätzte Anzahl liegt bei ca. 90.000 Muslimen. Davon leben mindestens 71.000 im neu gegründeten Bezirk Hamburg-Mitte.<sup>6</sup>

Dieser Bericht beschreibt die alltäglichen Erfahrungen von gewöhnlichen Muslimen, die im Bezirk Hamburg-Mitte ansässig sind, mit besonderem Fokus auf den Einfluss

<sup>1</sup> Im Text wird aus Gründen der Lesbarkeit ausschließlich die männliche Form gebraucht. Diese schließt natürlich auch die weibliche Form ein.

<sup>2</sup> Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit, Verbraucherschutz, „Hamburger Handlungskonzept zur Integration von Zuwanderern“ (HHAP), Hamburg, 2007, S. 10, abrufbar unter <http://www.hamburg.de/contentblob/128792/data/konzept.pdf> (Zugriff im Januar 2010) (nachfolgend HHAP). Weitere grundlegende Informationen über Hamburg auf der Website des Statistischen Amtes für Hamburg und Schleswig-Holstein, [http://www.statistik-nord.de/uploads/tx\\_standdocuments/Stadtportrait\\_2009\\_Deutsch\\_01.pdf](http://www.statistik-nord.de/uploads/tx_standdocuments/Stadtportrait_2009_Deutsch_01.pdf) (Zugriff am 11. März 2010).

<sup>3</sup> „Hamburg hat den bundesweit höchsten Ausländeranteil“, Hamburger Abendblatt, 2. Juli 2008, abrufbar unter <http://www.abendblatt.de/daten/2008/07/02/901676.html>, Zugriff im Januar 2010.

<sup>4</sup> Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit, Verbraucherschutz, Hamburger Handlungskonzept zur Integration von Zuwanderern (HHAP), Hamburg, 2007, S. 75, abrufbar unter <http://www.hamburg.de/contentblob/128792/data/konzept.pdf> (Zugriff im Januar 2010).

<sup>5</sup> Das Fehlen statistischer Daten bezüglich ethnischer oder religiöser Zugehörigkeit ist vor allem auf den 2. Weltkrieg, das Naziregime und dessen Umgang mit der jüdischen Bevölkerung zurückzuführen. Vgl. Kohn, Jerome und Ron H. Feldmann, Hannah Arendt. The Jewish Writings, Schocken Books, New York, (2007).

<sup>6</sup> Die Definition von muslimischen Gemeinschaften anhand der religiösen Zugehörigkeit oder des Herkunftslandes stellt keine korrekte Widerspiegelung ihrer Identität dar, da sie an ethnisch-nationalen und/oder ethnisch-religiösen Aspekten ausgerichtet sein kann, als an offenem Glauben. Die Religiöse Zugehörigkeit ist nur ein Teil eines komplexen Identitätskonstrukts. Geschätzt anhand der Einwohner aus Muslimischen Ländern. Mehr als 30% der Bevölkerung in Hamburg-Mitte (240.000) stammt aus muslimischen Ländern.

politischer Entscheidungen, die auf Integration und soziale Einbindung zielen.<sup>7</sup> Integration wird als wechselseitiger Prozess verstanden, der sowohl individuelles Engagement als auch Möglichkeiten zur Partizipation voraussetzt. Schwerpunkt ist die lokale Ebene, in diesem Fall drei Stadtteile im Bezirk Hamburg-Mitte. Dieser lokale Fokus bietet neue Erkenntnisse und vielleicht sogar ein erstes Porträt der Stadt aus Sicht der muslimischen Bevölkerung.

Die Studie des Open Society Institute (OSI) deckt zahlreiche Einstellungen, Erfahrungen und Meinungen auf. Es gibt ein ausgeprägtes Zugehörigkeitsgefühl unter Muslimen sowie Nichtmuslimen zur Stadt, insbesondere auf lokaler und Stadtteilebene. Die Verbindung zu ihrem Viertel wird für viele muslimische Teilnehmer durch den Eindruck der Entfremdung und Ausgrenzung in anderen Teilen der Stadt und generell in Deutschland bestärkt. Viertel wie Veddel oder Wilhelmsburg ziehen die Menschen gerade aufgrund ihrer ethnischen Vielfalt an. Diese Teile des Bezirks vermitteln den Eindruck von Heterogenität und Zugehörigkeit, die sich von der homogenen Bevölkerungsstruktur anderer Stadtteile unterscheidet.

OSI-Daten zeigen, dass Muslime sich eher Hamburg als Deutschland nahe fühlen. Die große Mehrheit der Befragten hat das Gefühl, von den Deutschen in der Regel als Ausländer betrachtet zu werden. Die Weigerung, sich als deutsch zu betrachten, resultiert nicht aus einer Ablehnung der deutschen Gesellschaft und ihrer Werte, sondern aus dem Gefühl, dass die Mehrheitsgesellschaft Deutsch sein immer noch als ethnisch-nationale (deutsche) und ethnisch-religiöse (deutsch-christliche) Identität versteht. Dieses Gefühl der Ausgrenzung, welches die muslimischen Teilnehmer der Studie weitgehend teilen, wird durch den Eindruck bundesweit wachsender Islam- und Muslimfeindlichkeit verstärkt. Rassistisch motivierte Diskriminierung von Ausländern wird von der Mehrheit der Bevölkerung am Rande der Gesellschaft verortet und als Ausdruck des Rechtsextremismus betrachtet; unter Muslimen in Deutschland dominiert jedoch die Wahrnehmung, dass Diskriminierung und Vorurteile gegenüber Muslimen mittlerweile zu einem Grad sozial akzeptabel sind, was zur ohnehin schon existierenden ethnischen Diskriminierung insbesondere der „Türken“ hinzu kommt.<sup>8</sup> Der Mord an Marwa al-Scherbini, einer schwangeren muslimischen Apothekerin in einem Gerichtssaal in Dresden im Juli 2009, nach deren Klage gegen islamfeindliche

---

<sup>7</sup> Die Identifikation eines Einzelnen als Muslim in diesem Bericht beruht auf der Selbstwahrnehmung des Befragten und ist nicht an vorher festgelegte religiöse oder kulturelle Definitionen gebunden.

<sup>8</sup> Dies unterstützt die Ergebnisse der quantitativen Erhebung von Brettfeld und Wetzels über Muslime in Deutschland, nach der 80% der jungen muslimischen Teilnehmer eine Form von Ausgrenzung oder negativer Behandlung aufgrund ihres zugeschriebenen Charakteristikums, Ausländer zu sein, erlebt haben. 26,9% der Befragten sprachen gar von schwerer oder sehr schwerer Diskriminierung. Vgl. Brettfeld, Kathrin und Peter Wetzels. *Muslime in Deutschland. Integration, Integrationsbarrieren, Religion und Einstellungen zu Demokratie, Rechtsstaat und politisch-religiös motivierter Gewalt*. Publikationsversand der Bundesregierung, Hamburg, 2007, S. 241. (Nachfolgend Brettfeld und Wetzels, *Muslime in Deutschland*).

Beleidigung, hebt hervor, wie sehr diese Wahrnehmung in alltäglichen Erfahrungen begründet liegt.<sup>9</sup> Selbst wenn ihre Muttersprache Deutsch ist, werden Muslime als „anders“ identifiziert. Besonders stark ist dieser Eindruck im Zusammenhang mit Zeichen religiöser Identität und Zugehörigkeit, wie dem Tragen von Kopftüchern, Beten in der Öffentlichkeit, z. B. in Schulen, oder dem Bau von Moscheen.

Bildung ist ein entscheidender Faktor der Integration und wird von allen in dieser Studie befragten Muslimen als sehr wichtig erachtet. Erfahrungen und Bedenken von Muslimen im Zusammenhang mit dem Bildungssektor deuten darauf hin, dass Hürden aufgrund tatsächlicher und wahrgenommener Diskriminierung, welche die schulischen Leistungen beeinträchtigen, im direkten Zusammenhang mit den Erfahrungen als Muslime und ihrer ethnischen Gruppe stehen. Neben Berichten von fragwürdigen Auswahlverfahren im Bildungssektor, umfassen die Auswirkungen ein niedriges Bildungsniveau unter muslimischen Schülern, Auswirkungen von Rassismus auf das Selbstwertgefühl und Bestrebungen, sowie die Unfähigkeit, sich aufgrund fehlender Anerkennung der religiösen Identität vollwertig am gesellschaftlichen Leben zu beteiligen. Schlechte schulische Leistungen können zudem in direkten Zusammenhang mit Schwierigkeiten und Barrieren bei der Suche nach einem Arbeitsplatz gebracht werden, sowohl beim Zugang zu qualifizierten wie unqualifizierten Stellen auf dem Arbeitsmarkt.

Obwohl es in Hamburg keine gesetzlichen Regelungen gibt, die das Tragen von Kopftüchern verbieten, gibt es jedoch Hinweise, dass sichtbare Zeichen von Religiosität eine Hürde zur Anstellung im öffentlichen Dienst darstellen, darunter in der Lehre oder bei der Polizei. Eine geläufige Sorge, von der berichtet wurde, ist der Eindruck, dass muslimische Frauen mit Kopftüchern von Verwaltungs- und gering qualifizierten Arbeitsstellen nicht ausgeschlossen werden, aber in leitenden Positionen sowie solchen, die eine höhere Qualifikation und Sichtbarkeit erfordern, unterrepräsentiert sind. Die Studie legt nahe, dass ein holistischer Ansatz der Politik nötig ist, der die Probleme im Bildungsbereich aufgreift und mit Initiativen zur besseren Arbeitsmarktintegration von Muslimen verbindet.

Die Mehrheit der Muslime in der OSI-Studie wohnt in sozialem Wohnungsbau, wohingegen die Mehrheit der Nicht-Muslime in privaten Mietwohnungen leben. Nach der Sanierung zentraler Teile des Bezirks Hamburg-Mitte sind die Mieten gestiegen. Dies hat zu einer Umsiedlung ärmerer und größerer Familien in die günstigeren Außenbereiche des Bezirks geführt, wo noch große Wohnungen verfügbar sind.<sup>10</sup>

---

<sup>9</sup> „Mordprozess am Tatort“, abrufbar unter <http://www.tagesschau.de/inland/marwaprozess108.html> (Zugriff im Januar 2010).

<sup>10</sup> Bernd Hallenberg, „Migranten und der Hamburger Wohnungsmarkt. Ein Beitrag zum vhw-Verbandstag 2007“. vhw FW 5, Okt.–Nov. 2007 (nachfolgend Hallenberg, „Migranten und der Hamburger Wohnungsmarkt“).

Der Hamburger Gesundheitssektor hat erfolgreich einen kulturell sensiblen Service für die spezifischen Bedürfnisse von Muslimen eingerichtet. Reformen im öffentlichen Gesundheitswesen, darunter staatliche Förderung, scheinen zu kürzeren Beratungsgesprächen zwischen Ärzten und Patienten sowie zu schlechterem Service für spezifische Gruppen zu führen. Die unterschiedlichen Gesundheitsreformen der letzten Jahre benachteiligen Berichten zufolge im Allgemeinen Menschen in ärmeren Gegenden, insbesondere aber ältere muslimische Männer und Frauen.

Trotz der Ansicht, dass die Öffentlichkeit, darunter auch staatliche Institutionen und politisch Verantwortliche, für die Produktion und den Erhalt der vorherrschenden und oft stereotypisierenden Sicht von Muslimen und dem Islam verantwortlich ist, haben Muslime starkes Vertrauen in das System der Strafjustiz in Hamburg. Eine Erklärung dafür ist, dass politische Schlüsselinstitutionen wie Regierung und Parlament zwar politische Programme verändern und die öffentliche Meinung beeinflussen können, Polizei und Gerichte jedoch auf der Grundlage von Gesetzen und der Beweislage arbeiten. Trotz des Verhaltens einzelner Polizeibeamter ist das Vertrauen generell nicht belastet.

Die Medien spielen eine entscheidende Rolle bei Schaffung und Erhalt der breiteren gesellschaftlichen Wahrnehmung. Die OSI-Studie deutet eine gewisse Kritik unter den befragten Muslimen gegenüber den Medien an, bezüglich dessen, was als Sensationalismus und feindliche Einstellungen gegenüber Islam und Muslimen erfahren wird. Allerdings wird auch anerkannt, dass jüngere Darstellungen und Meldungen über Muslime in Hamburg ausgewogener und weniger polarisierend waren. Muslimische Stimmen bleiben jedoch unter Medienschaffenden und Kommentatoren eine Ausnahme.

Die Einwanderungs- und Staatsbürgerschaftsgesetze in Deutschland haben sich in den letzten Jahren erheblich geändert, und die nationale sowie regionale Integrationspolitik hat sich bezüglich Motivation, Form und Umsetzung verbessert. Die Hamburger Verwaltung hat sich sehr darum bemüht, Muslime und muslimische Organisationen in politische Debatten mit einzubeziehen und sie bei der Teilhabe an der Gesellschaft und deren Institutionen zu unterstützen. Der Hamburger Aktionsplans von 2006 (HHAP) betont den positiven Beitrag von Migrantengruppen zum Stadtleben sowie die Bedeutung von wechselseitig einbeziehender und bestärkender Politik. Aktionsindikatoren umfassen Bildung, Arbeitsmarkt, Wohnen und Sicherheit. Allerdings ist der HHAP keine Direktive, sondern eher ein Aufruf zu besserer Praxis und Politik. Er behandelt nicht in angemessener Masse die Rolle von Diskriminierung als Hindernis zu erfolgreicher Integration und betont stattdessen den Spracherwerb als Hauptschlüssel zu stärkerer Integration und Kohäsion. Obwohl Muslime wissen, wie wichtig der Erwerb der deutschen Sprache ist, wird diese nicht notwendigerweise als Hauptbarriere für eine erfolgreiche Integration betrachtet.

Hier werden einige der wichtigsten Sorgen und Ansichten von in Hamburg lebenden Muslimen aufgegriffen. Es besteht jedoch eine erhöhte Akzeptanz und Einbeziehung von Muslimen in wichtigen politischen und öffentlichen Institutionen. Der Hamburger Senat hat den Dialog mit muslimischen Vertretern aus dem Rat der

islamischen Gemeinschaften in Hamburg (bekannt als die SCHURA) bezüglich der Schaffung eines rechtlichen Instrumentes gefördert, der dem Islam den gleichen Status wie dem Christentum verleiht. Die SCHURA hat einen jährlichen Iftar-Empfang etabliert, bei dem ranghohe Politiker sowie Vertreter des Stadtrates, der Zivilgesellschaft und muslimischer Organisationen während des Fastenmonats Ramadan zusammentreffen und gemeinsam das Fasten brechen.<sup>11</sup> Ein ebenso positiver Schritt ist die Teilnahme von Vertretern der Job Center an den Freitagsgebeten in den Moscheen, wo junge Muslime über Ausbildungsmöglichkeiten und Praktika informiert werden. Gleichzeitig aber fehlen muslimische Stimmen in vielen wichtigen öffentlichen Debatten zu Themen, die Muslime betreffen, was folglich den Mangel an Informationen über wichtige Themen erhöht.

Diese Studie über Hamburg bietet einen Einblick in die vielseitige muslimische Bevölkerung und ihre Anliegen. Die Bedürfnisse und Prioritäten der Hamburger Muslime ähneln denen anderer Bewohner. Es bestehen jedoch einige spezifische Themen, die verstanden sein wollen und die angegangen werden müssen. Bemühungen der Hamburger Regierung für mehr Integration haben einen positiven Effekt. Eine differenziertere Wahrnehmung der sozialen Beziehungen innerhalb der Stadt könnte jedoch die Arbeit des Stadtrates ergänzen. Auch der Umfang nationaler politischer Diskurse zu den Themen Religion und Minderheiten spielt eine Rolle, da Kommunalpolitik nicht eigenständig gestaltet wird. Eine gemeinsame Verständigung bei dieser Thematik ist entscheidend, da Muslime in dieser Auseinandersetzung nicht gezwungen werden dürfen, zwischen Religionsausübung und Integration entscheiden zu müssen. So sagte ein OSI-Teilnehmer: „Wir haben uns sehr gut in die Gesellschaft integriert, aber nun ist der Zeitpunkt gekommen, an dem uns die Gesellschaft auch aufnehmen muss.“<sup>12</sup>

---

<sup>11</sup> Iftar ist das Abendmahl während des einmonatigen Ramadan, mit dem nach Sonnenuntergang des Fasten gebrochen wird.

<sup>12</sup> OSI organisierte sechs Fokusgruppen in Hamburg, bestehend aus muslimischen Bewohnern der drei untersuchten Stadtteile in Hamburg-Mitte. Zu den Teilnehmern zählten Männer und Frauen zwischen 18 und 65 Jahren. Weitere Informationen siehe Abschnitt 1.1 Methodologie.